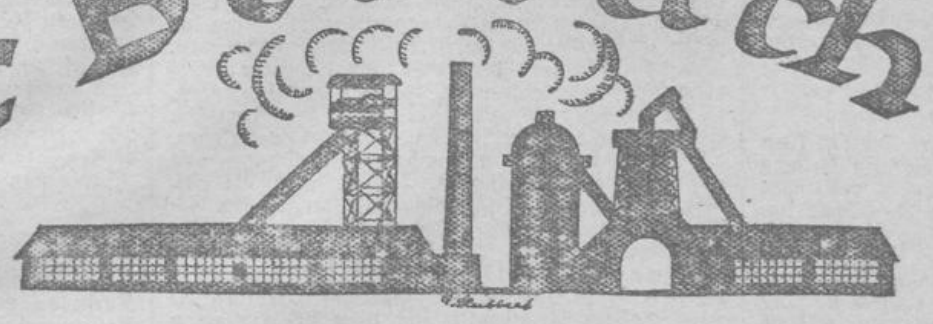
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 9.60** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	**Samstag 30. September 1922**	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **2.50 M.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	**Nr. 39**

Eine Eingabe der sozialdemokratischen Partei für das westliche Westfalen, Bezirk Sauer-, Sieger- und Wittgensteiner Land an den Regierungspräsidenten König in Arnsberg.

Nachdem das Gesetz zum Schutze der Republik angenommen ist, betrachten es die Sozialdemokraten als ihre vornehmste Aufgabe, die Durchführung dieses Gesetzes zu überwachen. In welcher Weise sie dabei arbeiten, geht aus nachstehender Eingabe des hiesigen Parteisekretärs Schmidt an seinen Genossen, den Regierungspräsidenten König in Arnsberg, hervor, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Sozialdemokratische Partei für das westliche Westfalen, Bezirk Sauer-, Sieger- und Wittgensteiner Land. Siegen, Obere Häuslingstraße 10/I.

Siegen, den 19. August 1922.

Betrifft Kaiserbilder und Flaggenfrage.

Am 3. ds. Mts. wurde in der Presse ein Erlaß des Herrn Ministers des Innern veröffentlicht, in dem die unteren Verwaltungsbehörden ausdrücklich auf die Entfernung der früheern monarchistischen Hoheitszeichen und die mangelhafte Beseitigung derselben hingewiesen wurden. Die klaren Bestimmungen konnten für die Verwaltungsbeamten nicht zweifelhaft sein, auch für die Verwaltungsbeamten der Kreise Siegen und Wittgenstein nicht.

In einer Eingabe vom 7. ds. Mts. an die Herren Kreisschulräte des Kreises Siegen habe ich gebeten, für die Entfernung der gekennzeichneten Hoheitszeichen zu sorgen. Aus der Antwort ist zu entnehmen, daß der Landrat erneut durch die Herren Schulräte ersucht worden sei. durch die Herren Amtmänner entsprechende Anweisung an die Gemeindebehörden für die Entfernung zu erteilen.

Die Bestimmungen werden trotzdem nicht beachtet und führe zum Beweis einige Beispiele an:

In Siegen sind an staatlichen Gebäuden noch zu lesen:
Königliche Fachschule — Königliches Bergrevier 2. In der Fortbildungsschule — Hospital — Badeanstalt — Rathaussitzungssaal und Zimmer 24 des Rathauses hängen noch immer die Kaiserbilder. Ähnliche Fälle werden aus den beiden genannten Kreisen gemeldet. Im Amthaus Kreuztal hängen noch Kaiserbilder, während am Postgebäude dortselbst kaiserlich noch nicht verschwunden ist. Das Letztere trifft auch für das Postgebäude in Erndtebrück zu. Während für das dortige Amthaus und für die Landwirtschaftliche Winterschule (Erndtebrück) dasselbe zutrifft, wie in Kreuztal. Auf das Landstädtchen Laasphe wird auf beiliegender Eingabe verwiesen. Bei der Gedenkfeier am 11. S. wurden die Maßnahmen der Regierung sehr wenig beachtet. In den Schulen wurde fast gar nicht geflaggt, das auch für eine Reihe von Gemeinden zutrifft, insbesondere Landgemeinden, abgesehen davon, daß eigentliche Feiern weder in den Schulen noch in den Gemeinden mit den Beamten, Angestellten und Personal stattgefunden. So hat z. B. der Bergassessor Dresler in Eiserfeld seinen Jungen von der Schule ferngehalten, mit der fadenscheinigen Begründung, an diesem Tage sei sein Sohn erkältet gewesen und habe den Unterricht nicht besuchen können. Das Gesagte ist nur ein Teil des Materials. beweist aber, daß den Anordnungen (der) Regierung nicht gefolgt wird, trotz des mutigen Kampfes der ehrlichen Republikaner, deren Anzahl hier, leider schwach ist. Mit Eingaben und Erlassen ist bei diesen Verwaltungsbehörden nichts zu erreichen, und ersuche daher den Präsidenten, in seiner Eigenschaft als Polizei-Chef, gemäß den Erlassen des Herrn Ministers durch einige Kontrollbeamte, die mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet sind, diese für die Republik hohnsprechenden skandalösen Zustände endlich zu beseitigen. Siegen ist nach einem Ausspruch in der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Mai 1922, der folgendes aussagte: „Die schwarz-rotgoldene Fahne würde, solange der Bürgermeister in Siegen ist, nicht gehißt werden, es sei denn, daß man ihn durch Verfügungen dazu zwinge", ein klassisches Beispiel dafür. Nur durch empfindliche Strafen wird diesen Verwaltungsbeamten zum Bewußtsein gebracht, daß sie die Erlasse ihrer vorgesetzten Dienststellen nicht nur zu beachten, sondern danach zu handeln haben. Bezüglich der Flaggenfrage erscheint angebracht, den Verwaltungsbehörden die Beschaffung derselben anzuweisen und durch Rückwort bis zu einem bestimmten Datum bestätigen zu lassen, sonst trifft bestimmt zu, daß im nächsten Jahre der größte Teil von ihnen noch nicht im Besitze der Reichsflagge ist.

Wir bitten um einen schriftlichen Bescheid.

Ergebenst

gez. Schmidt, Parteisekretär.

An den
Herrn Regierungspräsidenten König
in Arnsberg.

Es entzieht sich unserer Kenntnis, wieweit diese Eingabe dienstliche Maßnahmen ausgelöst hat. Darüber werden die in der Eingabe Genannten besser unterrichtet sein. Für uns ist es aber interessant zu beobachten, welche Verwirrung das Gesetz zum Schutze der Republik in den Köpfen der Sozialdemokraten anrichtet, die sich nicht scheuen, Privatpersonen zu verdächtigen und Eingriffe in die Rechte anderer fordern. Nachdem die hiesige Volkszeitung, die ja sonst allerlei schöne Sachen bringt, es versäumt hat, diese Eingabe in ihren Spalten zu veröffentlichen, fühlen wir uns veranlaßt, dies nachzuholen, um dem Sieger- und Wittgensteinerland zu zeigen, wie die sozialdemokratische Partei sich die Arbeit zur Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Republik denkt.

Die Politik der Deutschen Volkspartei.

über die Arbeitsgemeinschaft zur Volksgemeinschaft. — Tagung des Zentralvorstands in Breslau. — Richtunggebende Reden der Herren Dr. Stresemann und von Campe. — Entschließungen.

Sitzung des Zentralvorstandes in Breslau.

Die Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei fand am Sonntag, dem 24. September, vormittags 10 Uhr, in Breslau im großen Saal des Paufmannsheims statt.

Tagesordnung.

1. Wahl von 5 Mitgliedern des Parteivorstandes (§ 18, Abs. 2, Ziffer 5 der Satzung).
2. **Die Politik des Reichs.**
   Berichterstatter: Dr. Stresemann, M. d. R.
3. **Die politische Lage in Preußen.**
   Berichterstatter: D. Dr. von Campe, M. d. Preußischen Landtags.
4. Aussprache.

Am Tage vorher, Sonnabend, dem 23. September, vormittags, veranstaltete der Wahlkreisverband Mittelschlesien einen Wahlkreisparteitag. Den letzten Teil dieses Parteitages bildeten Tagungen der schlesischen Fachausschüsse, an denen teilzunehmen die Mitglieder des Zentralvorstandes freundlicht eingeladen wurden. Es fanden folgende Sitzungen nachmittags von 3 bis 6 Uhr statt:

1. **Ausschuß für Kulturfragen.**
   Kaufmannsheim, Schuhbrücke 50/51 (gr. Saal).
2. **Ausschuß für Kommunalpolitik.**
   Kaufmannsheim, Schuhbrücke 50/51 (Zimmer 1).
3. **Ausschuß für Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**
   Verein für vaterländische Kultur, Matthiaskunst (großes Zimmer).
4. **Ausschuß für Landwirtschaft.**
   Verein für vaterländische Kultur, Matthiaskunst (kleines Zimmer).
5. **Ausschuß für Beamte.**
   Kaufmannsheim, Schuhbrücke 50/51 (Billardzimmer).
6. **Ausschuß für Angestellte.**
   Generalsekretariat Albrechtstraße 16, III.

Am Sonnabend, dem 23. September, abds. 8 Uhr, vereinigten sich die Mitglieder des Zentralvorstandes mit den schlesischen Freunden auf einem **Deutschen Abend** im „Wappenhof". Leitung: Exz. v. Hintze. Ansprachen hielten die Abgg. Dr. Stresemann, Geh. Rat Kahl und Admiral Scheer.

Am Sonntag, dem 24. September, fand (gleichzeitig mit der Sitzung des Zentralvorstandes) vormittags 11 Uhr eine große Kundgebung im Lobetheater statt: **Deutsche Kulturpolitik in den Ostmarken.** Redner: Kultusminister Dr. Boelitz, Professor Dr. Kühnemann, Oberstudiendirektor Richert, Theaterdirektor Barney, Schulrat Hollmann.

Eine Sitzung des Reichsfrauenausschusses fand am Sonnabend, dem 23. September, nachmittags 3 Uhr, im Verein für vaterländische Kultur, Matthiaskunst, statt.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat in seiner diesmaligen Sitzung mit seiner Stellungnahme zu den jüngsten politischen Ereignissen zugleich die Richtlinie für die nächste Zukunft gegeben. Denn, wie Dr. Stresmann in seinem Bericht betonte: es handelt sich darum, eine Entwicklungslinie, die durch die Ermordung Rathenaus unterbrochen worden ist, wieder herzustellen. Der Weg, auf dem die Deutsche Volkspartei sich politisch auswirkt, soll zur Volksgemeinschaft führen, also eine gegensätzliche Spaltung des Volksganzen verhüten. Der Mord an Rathenau führte uns an den Rand des Bürgerkriegs. Diese Gefahr abzuwenden und die Befestigung der inneren Verhältnisse wieder herbeizuführen, war das Ziel, das damals verfolgt werden mußte. Der Zentralvorstand hat seine Zustimmung zu der Politik gegeben, die von der Leitung der Reichstagsfraktion sowie von der Leitung der Partei und der Führung der Fraktionen in den Landtagen in den bewegten Wochen jener Zeit befolgt worden ist. Wie Stresemann ebenfalls betonte, ist der Erfolg dieser Politik auch ihre Rechtfertigung, und es gilt deshalb, in der Zukunft an dieser Linie festzuhalten: über die Arbeitsgemeinschaft zur Volksgemeinschaft. Der Zentralvorstand hat sich mit dieser Ausführung einmütig einverstanden erklärt. Um so nachdrücklicher konnte der Protest ausfallen, den der Zentralvorstand gegen die willkürliche Anwendung des Schutzgesetzes erhoben hat. Ein wertvolles Ergebnis der Tagung sind auch die Richtlinien, die in einer Entschließung über die wirtschaftlichen Fragen niedergelegt sind.

* * *

Breslau, den 24. September 1922.

Im großen Saale des Kaufmannsheims trat heute Vormittag 10 Uhr der Zntralvorstand der Deutschen Volkspartei unter der Leitung seines Vorsitzenden Dr. Stresemann zusammen. Zunächst sprach Admiral von Hintze als Vorsitzender der Deutschen Volkspartei für Mittelschlesien Worte der Begrüßung, in denen er darauf hinwies, daß man zur Deutschen Volkspartei und zu ihrer Fähigkeit, die nationalen Ziele zu erreichen, besonderes Vertrauen habe, weil sie diese Ziele mit Besonnenheit verfolgt. Als Vorsitzender des Ortsvereins der Deutschen Volkspartei hieß Dr. Wagner den Zentralvorstand willkommen.

Abgeordneter Dr. Stresemann wies in seinen Dankesworten für die Begrüßung darauf hin, daß der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei nach Breslau gekommen sei, weil er für alles das danken wolle, was man in Schlesien geduldet und erlitten habe während des Krieges und was man geleistet habe während der nachfolgenden Zeit der Besetzung, um ferner zu danken für die Herbeiführung einer Abstimmung, die, wenn es nach Recht und Gerechtigkeit ginge, dazu hätte führen müssen, daß Oberschlesien ungeteilt beim Deutschen Reich blieb. Mit tiefer Bewegung, fuhr Dr. Stresemann fort, haben wir von den Volksgenossen Abschied genommen, die dasselbe seelische Empfinden mit uns teilen; ihnen unsern Gruß zu entbieten, halten wir für die erste Aufgabe unserer heutigen Sitzung. (Lebhafte Zustimmung). Wir werden niemals aufhören, auch im abgetrennten Oberschlesien deutsches Land zu sehen, das uns gehört und das einmal wieder im Ringe des Deutschen Reiches seinen Platz einnehmen möge. (Stürmischer Beifall.) Wir werden das, was uns mit Oberschlesien entrissen worden ist, niemals aufgeben.

Der Zentralvorstand, der von über 250 Personen besucht war, trat dann in die Tagesordnung ein und nahm zum ersten Punkt die

Wahl von fünf Mitgliedern des Parteivorstandes

vor, deren Zuwahl nach den neuen Satzungen sich nötig machte. Gewählt wurden folgende: Landtagsabgeordneter Dr. Kalle-Bieberich, Dr. Heinze-Dresden, Frau Mende-Berlin, Dr. Dingeldey-Darmstadt und Dr. Leidig-Berlin.

Das politische Referat Dr. Stresemanns.

Die sachlichen Beratungen wurden eröffnet durch ein Referat des Abgeordneten Stresemann über die Politik des Reiches. Dr. Stresemann führte etwa folgendes aus: Die schwierige Lage, in der wir heute

außenpolitisch

und wirtschaftlich stehen, ist durch die falsche Einschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit seitens Derjenigen herbeigeführt worden, die da glaubten, durch eine starke Betonung des deutschen Erfüllungswillens moralische Eroberungen machen zu können, ohne Deutschland dabei bis zur größten Not zu schwächen. Das, was wir heute sehen und was sich vom wirtschaftlichen Zusammenbruch kaum mehr unterscheidet, hat seinen Anfang mit der Zahlung der ersten Goldmilliarde durch Deutschland genommen. Und damit beginnt der große Sturz unserer Währung und das schwindende Vertrauen des Auslandes. (Sehr richtig!) Heute haben auch die deutschen Staatsmänner ihren Irrtum von damals erkannt. Sie wissen, daß nicht nur unsere Goldleistungen und unsere Ausgleichszahlungen, sondern auch die übrigen sogenannten Entschädigungsleistungen im bisherigen Ausmaß unmöglich sind. Dieser neuen Lage gegenüber hat die Entente jetzt Stellung zu nehmen. Das große wirtschaftliche Abkommen, das mitten in dieser Lage abgeschlossen worden ist, wird vielfach so gedeutet, als habe sich ein namhaftes Mitglied der Deutschen Volkspartei als wirtschaftlicher Führer durch den Abschluß eines solchen Abkommens auf den Boden der Erfüllungspolitik gestellt. Diese Auffassung ist irrig. Stinnes hat das Wiesbadener Abkommen deswegen als unmöglich bezeichnet, weil es Frankreich ein unbedingtes Optionsrecht auf die deutsche Konjunktur gibt, das unmöglich von der deutschen Wirtschaft getragen werden konnte. Durch das Abkommen, das Stinnes abgeschlossen hat, ist eine solche Ausnützung unmöglich gemacht. Das Abkommen kann wirtschaftlich und politisch sehr große Folgen haben. Was die wirtschaftliche Seite anlangt, so liegt natürlich keine Veranlassung vor, das Abkommen irgendwie mit Freude zu begrüßen. Es handelt sich um Leistungen, die deutsche Arbeiter und die deutschen Industrien übernehmen und für die das Deutsche Reich mit Papiergeld Zahlung leisten muß. Wichtiger indessen als die wirtschaftlichen sind die politischen Folgen, die von dem Abkommen ausgehen. Das Abkommen kann ein Wendepunkt in der Richtung werden, daß Frankreich mehr in die wirtschaftlichen Gedankenkreise hineingezogen und von seiner Politik des Machtstandpunktes abgelenkt, und daß uns auf diese Weise vielleicht eine weitgehende Atempause geschaffen wird, die uns von den Sanktionsdrohungen befreit. Denn jede weitere Sanktionspolitik Frankreichs ist mit diesem Abkommen unvereinbar. (Sehr richtig!) Die Aufgabe der Retorsionen ist bereits auf das Abkommen zurückzuführen. In diesem Zusammenhang ist sogar von sozialdemokratischer Seite, wenn auch unwillig, zugestanden worden, daß die erste wirkliche Tat einer Entspannung der Weltlage nicht eine Tat des Sozialismus, sondern eine solche des Kapitalismus gewesen sei. Kritik ist auch daran geübt worden, daß durch das Abkommen einem einzelnen eine große Finanzgewalt und ein reicher Gewinn gegeben werde. Demgegenüber hat Stinnes erklärt, daß schon bei dem Abschluß des Vertrages für ihn festgestanden habe, daß er als Person keinen Pfennig an dem Abkommen verdienen wolle, und daß er die an ihn fließende Provisionssumme an die wirklich Bedürftigen in Deutschland verteilen werde. Eins hat der Abschluß des Abkommens deutlich gezeigt: Es ist ein Irrtum, wenn die Regierenden in Deutschland annehmen, daß eine Linksorientierung ihrer Politik dem Lande auf dem auswärtigen Gebiete Vorteile bringen könne, daß die sogenannten belasteten Persönlichkeiten nicht fähig seien, internationale Politik zu treiben. Im Gegenteil! Wie das Beispiel beweist, vermögen sich gerade diejenigen im Ausland durchzusetzen, die in den nationalen Fragen offen zu ihrem Vaterland gestanden haben und nicht solche, die etwa auf internationalen Kongressen gegen die Wahrheit ein deutsches Schuldbekenntnis ablegen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist ferner ein Irrtum, anzunehmen, daß ein weitgehender sozialistischer Einfluß unsre Politik gegenüber dem Ausland erleichtere. Auch hier ist das Gegenteil der Fall. (Sehr richtig!) Sie erschwert unsere Lage. Die Welt draußen steht im Zeichen der individuellen Wirtschaft und nicht im Zeichen des Sozialismus. Alles in allem erhoffen wir von dem Vertrage, daß die Kriegsgeschädigten in Frankreich, die eine politische Macht in der Öffentlichkeit ihres Vaterlandes sind, durch ihren Einfluß auf die Gesamtpolitik Frankreichs eine günstige Wirkung ausüben können, so daß wir die Politik dieses Landes allmählich in die Bahnen einmünden sehen, die von den anglo-amerikanischen Wirtschaftsmännern vorgezeichnet sind, und die auf eine Revision des Friedensvertrages hinauslaufen. Was die internationalen Auswirkungen des Abkommens anlangt, so bedeutet das Abkommen selbstverständlich nicht die Schaffung einer Grundlage für eine deutsch-französische Kontinentalpolitik mit einer Spitze gegen die Politik eines anderen Landes. Wir müssen in engster Fühlung mit England bleiben, das die Verhandlungen gekannt und uns selbst auf eine Verständigung mit Frankreich hingewiesen hat. (Sehr richtig!) Wir müssen auch fernerhin den Blick nach Osten gerichtet halten. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich nicht um das Rußland von heute, sondern um das der Zukunft. Daß im übrigen England durch das Abkommen keineswegs verstimmt ist, hat das Ergebnis der Verhandlungen Havensteins in London bewiesen.

Im übrigen ein Wort der Warnung: Ich sehe das politische Ergebnis des Abkommens stark gefährdet, wenn jetzt ein Wettrennen der deutschen Industriegesellschaften einsetzen sollte, um ein Abkommen dem anderen folgen zu lassen, ohne daß uns dabei ähnlich politische Auswirkungen gesichert sind, die wir von dem Vertrag Stinnes-Lubersac erwarten können. (Sehr richtig!)

Und nun zur

inneren Politik!

Wir waren auf dem Wege zur Volksgemeinschaft und zur Befestigung unserer inneren Verhältnisse. Diese Entwicklung ist durch den ruchlosen Mord an Rathenau unterbrochen worden. Der Gedanke der Volksgemeinschaft konnte nicht tödlicher getroffen werden, als es durch diese Tat geschehen ist. Auch außenpolitisch war die Tat verhängnisvoll. Rathenau war in diesem Augenblick ein Außenminister, der geeignet war, die Finanzverhandlung zu führen, die nötig sind, wenn wir zum Wiederaufbau kommen wollen. Auch die internationalen Finanzkräfte sind eine Macht, an der kein Realpolitiker vorbeigehen kann. Ich bin überzeugt, daß Bismarck sich in unserer außenpolitischen Lage den Unfug des politischen Antisemitismus entschieden verbeten hätte. Auf dem Gebiete der inneren Politik sind wir durch die ruchlose Tat zunächst stark nach links getrieben worden. Wir standen damit damals vor einer grundlegenden Entscheidung in unserer inneren Politik. Die Frage war für uns dabei die, sollten wir Seite an Seite stehen in der gemeinschaftlichen Opposition mit den Deutschnationalen, oder sollten wir Fühlung nach der anderen Seite suchen. In jenen Tagen ist der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft der Mitte geboren worden. Man fühlte in den bürgerlichen Parteien der Mitte die Schwere der Entscheidung. Wenn es irgendwie möglich war, so mußte der Bürgerkrieg vermieden werden, aber ebenso eine Linksentwicklung der deutschen Politik. Wenn wir heute zurückblicken, so sehen wir, daß die alte Regierung nicht durch die Unabhängigen ersetzt worden ist, und daß Zentrum und Demokraten sich auf den Standpunkt gestellt haben, eine einseitige Erweiterung der Regierung nach links abzulehnen. Was das heißen will, erkennt man erst, wenn man dieses Ergebnis im Lichte jener Tage betrachtet, in denen man noch nicht wußte, wo die Demonstrationen enden würden. (Stürmische Zustimmung.) Und dieses Ergebnis ist doch wohl entscheidend für unsere zukünftige Entwicklung. Was das Schutzgesetz selbst anlangt, so sind durch unsere Mitwirkung untragbare Bestimmungen des Entwurfs beseitigt worden. Hätten wir es anstatt dessen zu einer Auflösung des Reichstags kommen lassen sollen? Wir hätten als Partei diesen Wahlkampf nicht zu fürchten brauchen; aber um die Partei handelte es sich nicht, sondern um die Frage, was aus der deutschen Politik geworden wäre, wenn wir damals in den Wahlkampf gegangen wären. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß wäre damals eine starke Schwächung der Deutschnationalen die Folge gewesen, auf der anderen Seite aber auch eine Stärkung der sozialdemokratischen Parteien. Die Frage der Stellung zur Staatsform, die wir aus dem politischen Kampf entfernen müssen, wäre in den Mittelpunkt gestellt worden, die Not, in der weite Kreise unseres Volkes stehen, die Parole des Brotwuchers — alles das hätte zur Zerreißung und Zerfleischung des Volkes geführt und dann hätte die Linke nach geschlagenem Wahlkampf ein ganz anderes Gesetz gemacht, als wir es jetzt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Oder man hätte das Gesetz unter ausschließlicher Mitwirkung der Unabhängigen gemacht. Und in diesem Falle hätten die Unabhängigen natürlich ihre Forderungen gestellt. Dadurch wäre auch das Verhältnis Bayerns zum Reich viel schwerer belastet worden. Das wurde vermieden. Die bayerische Volkspartei, die Demokraten, das Zentrum und wir haben damals praktisch an der Gestaltung des Gesetzes mitgearbeitet. Wir müssen uns allerdings jetzt gegen eine Anwendung des Schutzgesetzes wenden, die mit dem Geiste des Gesetzes nichts mehr zu tun hat. Der Justizminister Radbruch hat im Ausschuß versichert, daß die nationale Agitation in gesetzmäßigen Formen auf Grund des Gesetzes nicht gehindert werden solle; aber heute sehen wir, daß die Regierung der Länder in der Auslegung des Gesetzes eine Willkür walten lasse, gegen die wir uns auf das entschiedenste wenden müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Gegen die Aufhebung des Jungdeutschen Ordens wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Die ganze Art, wie man versucht, gegen jede Bekundung nationalen Empfindens vorzugehen, ist mit aller Entschiedenheit zu verurteilen. Wenn kürzlich der Demokratische Beamtenbund ein Rundschreiben an

seine Mitglieder mit der Aufforderung erlassen hat, die Feinde der Republik unter den Beamten namhaft zu machen, so ist das eine Auffassung, gegen die hoffentlich die Demokratische Partei selbst Abhilfe schaffen muß. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenige Worte über

die bayerische Frage.

Die ganzen Verhältnisse Bayerns zum Reiche bedürfen größter Aufmerksamkeit und Pflegsamkeit. Wenn die Verhältnisse gespannt wurden, so liegt die Schuld daran auf beiden Seiten. Auf der Seite des Reiches in dem Mangel an der notwendigen psychologischen Einstellung gegen Bayern. Verurteilenswert ist es auch, wie einzelne Reichskommissare geglaubt haben, Bayern als Ausland behandeln zu können. Auf der anderen Seite muß man auch der Auffassung entgegentreten, die zwischen dem bayerischen Ordnungsstaate und dem vom Bolschewismus bedrohten Norden einen scharfen Trennungsstrich ziehen will. (Sehr richtig!) Sind denn im Norden nicht Kräfte vorhanden, die sich für die Wiederherstellung der Autorität und die Erhaltung der inneren Ordnung einsetzen? Bedeutet es nichts, wenn in dem kaiserlichen Deutschland in der Reichshauptstadt eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden war, während heute in Groß-Berlin die bürgerlichen Parteien die Mehrheit besitzen? In Berlin sind keine Straßen umgetauft und keine Bilder entfernt worden. Auch in dem viel verleumdeten Berlin wohnt ein Bürgertum, das sich in schwerster Zeit zu behaupten weiß, und diese Tatsache scheint mir doch mehr zu beweisen, als das kritiklose Schimpfen auf Berlin und Preußen. (Lebhafte Zustimmung.) Alles das, was gegen den „bolschewisierten Norden" in Umlauf gesetzt wird, wird von den französischen Agenten im Rheinland und von den polnischen Agenten in Schlesien und in Ostpreußen und von den Welfen für ihre Agitation verwertet. Bei allen diesen Agitationen, auch der monarchistischen, muß die Rücksicht auf die Reichseinheit an erster Stelle stehen. (Stürmischer Beifall.)

Über die Gestaltung der

parteipolitischen Verhältnisse

führte Dr. Stresemann u. a. aus: Die sozialdemokratische Einigung soll heute vollzogen werden. Welches wird ihre Wirkung sein? Die einen sehen sie in einer weiteren Radikalisierung der Sozialdemokratie. Ob aber diese Folge eintritt, werden wir abwarten müssen. In wirtschaftlicher Beziehung ist es vielleicht ein Fortschritt, daß die Gewerkschaften, die bisher durch die sozialdemokratische Trennung zerrissen waren, wieder verhandlungsfähiger geworden sind, als in der Zeit ihrer inneren parteipolitischen Zerklüftung. Jedenfalls ist die vereinigte sozialdemokratische Partei ein großer Machtfaktor, und es handelt sich um die Frage, ob man ihr die Alleinherrschaft oder die entscheidende Führung überlassen soll oder ob man ihr Gleichwertiges gegenüberstellen muß. Die Deutschnationalen geraten durch ihre Politik in eine Isolierung, die wir bedauern. Gerade wenn wir wünschen, daß die Idee der Volksgemeinschaft nicht bei den Deutschnationalen aufhöre, so müssen wir mit aller Klarheit wünschen, daß die Deutschnationalen sich von den rechtsradikalen Elementen trennen. Wir müssen mit den bürgerlichen Parteien der Mitte gemeinschaftlich praktische Arbeit leisten. Sie ist die einzig mögliche, Erfolg versprechende Politik. Welche Auswirkungen sie hat, wird davon abhängen, wie die Entwicklung der Sozialdemokratie sich nach ihrer Einigung vollziehen wird.

Im übrigen begrüßen wir die Initiative, die die großen Führer der deutschen Wirtschaft in bezug auf internationale wirtschaftliche Abmachungen ergriffen haben. Die politische Auswirkung der damit geschaffenen Lage ist Aufgabe der politischen Parteien. Wir sind stolz darauf, daß große Teile der deutschen Wirtschaft zu uns gehören, aber wir sind mehr als nur die Partei der deutschen Wirtschaft. Der Begriff Deutsche Volkspartei umfaßt den großen Gedanken unserer kulturellen Aufgaben, deshalb müssen die Entscheidungen über die Gesamtpolitik in der Hand der politischen Führer bleiben, die ihrerseits zu der gegebenen Lage Stellung zu nehmen haben. (Stürmischer Beifall.)

Zum Schluß einige Worte

zur wirtschaftlichen Lage.

Mit Gesetzen läßt sich eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht erzielen, wir müssen mehr an die Gesinnung appellieren. Oft scheint es fast, ob alle moralischen Dämme eingerissen wären, wenn man sieht, mit welcher Rücksichtslosigkeit sich die Einzelinteressen gegenüber der Gesamtheit und dem Staate durchzusetzen versuchen. (Lebhafter Beifall.) Eigentlich müßte es für jeden Deutschen moralisch unmöglich sein, in Devisen auf Dollarsteigerung zu spekulieren und dadurch die Währung seines eigenen Landes schwer zu schädigen. (Stürmischer Beifall.) Es geht nicht an, daß manche ganz offen mit Genugtuung sagen: ich habe englische Pfunde, ich habe Schweizer Franken, ich habe mich eingedeckt. Wie falsch war es auch, diejenigen, die während des Krieges ihr Gold behalten haben, jetzt dadurch zu belohnen, daß man ihnen von Woche zu Woche eine höhere Entschädigung zahlt. Der heilige Egoismus des einzelnen darf sich nicht durchsetzen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen uns mit Entschiedenheit gegen die Nivellierung der Arbeitsleistung wenden. Es ist grundverkehrt und volkswirtschaftlich schädlich, wenn der Qualitätsarbeiter und der Hilfsarbeiter nach den gleichen Grundsätzen entlohnt werden. Man sollte auf die Arbeiterschaft einwirken, daß sie dies einsieht, aber mit der gleichen Entschiedenheit müssen wir uns auch gegen das Bürgertum wenden, wen es durch Devisenspekulation und Überteuerung schwere Verfehlungen begeht. Wir fordern auch eine Beschränkung der Luxuseinfuhr. Notwendig ist auch eine Abkehr von dem unverantwortlichen Anreiz zum Schmarotzerkonsum. Ein genügender Teil des Zuckers muß für den Verbrauch des Volkes sichergestellt werden, und er darf nicht für den Gebrauch von Luxusindustrie Verwendung finden. (Lebhafte Zustimmung.) Dies ist um so mehr notwendig, als wir auf der anderen Seite sehen, wie ganze Schichten des deutschen Volkes der Verelendung entgegengehen. Wir haben die Verpflichtung, hier mit ganz anderen Mitteln einzugreifen, als es bisher geschehen ist. Auch der Todeskampf der Presse sollte für uns ein warnendes Menetekel sein. Wenn die Stadt Berlin sich gezwungen sieht, die Schulen zu schließen wegen Mangels an Mitteln für die Heizung, so sollte man lieber die zahlreichen Bars und Dielen schließen, um Heizungsmittel zu gewinnen. (Stürmischer Beifall.)

Nach allen diesen Richtungen ist der Ausblick auf die Zukunft wenig erfreulich. Wenn es unter den heutigen Verhältnissen möglich wäre, in Deutschland grundsätzliche Opposition zu treiben, so wäre das für uns sicher eine bequemere Lage. Aber wir stehen vor den größten Gefahren. Ob wir in der Außenpolitik wirklich in der nächsten Zeit eine Atempause haben werden, läßt sich noch nicht garantieren. Wir sehen im Innern die Zeichen drohenden Verfalls, und wir müssen uns davor durch größere Leistungsfähigkeit und durch größere Produktivität retten. Wir können diesen Erfolg nicht nur durch Gesetze erzielen, sondern wir müssen auch einen Appell an die Gesinnung richten. Den Notwendigkeiten der unmittelbaren Gegenwart müssen wir große Beachtung schenken, und wir müssen uns dabei leiten lassen von dem unmittelbaren Gedanken der Volksgemeinschaft. Deshalb bekennen wir uns auch zu dem Grundsatz der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die nicht eine Kampfansage ist, sondern die Zusammenfassung der Kräfte. Das ist die einzige Politik, die wir treiben können, wenn anders das Volk nicht leiden soll.

Der Rede folgte minutenlanger stürmischer Beifall, der sich immer wieder erneuert.

Dr. von Campe über die preußische Politik.

Über preußische Politik sprach der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion Abg. Dr. v. Campe. Er führte aus: Die Politik der Länder läßt sich von der Politik des Reichs nicht trennen. Die Länder sind heute fast in allen Punkten abhängig vom Reich. Dadurch sind auch in Preußen die Schwierigkeiten viel größer als früher. Für Preußen kommt besonders hinzu, daß seine staatsrechtliche Stellung zum Reiche eine andere geworden ist. Ein Streit, wie wir ihn zwischen dem Reiche und Bayern gehabt haben, ist im Verhältnis Preußens zum Reiche unmöglich. Er würde das Ende des Reiches bedeuten. Es kommt weiter hinzu, daß durch die neue Finanzpolitik die Länder letzten Endes nicht viel mehr als nur autonome Provinzen des Reiches noch sind.

Nach den Neuwahlen gab es für die Weiterführung der politischen Geschäfte in Preußen theoretisch drei Möglichkeiten. Einmal eine Majorität der bürgerlichen Parteien, die allen, mit Ausnahme der Deutschnationalen, von vornherein wegen der damit verbundenen schweren politischen Gefahren als unmöglich erschien. Die zweite Möglichkeit war die alte Koalition aus der Revolutionszeit. Auch sie mußte ausscheiden, da die Majorität nur wenige Stimmen betrug. Der dritte Weg war der der großen Koalition, die heute besteht. Sie ist unter schweren inneren Kämpfen zustandegekommen. Die erste Etappe dafür war das Ministerium Stegerwald, gestützt auf die Demokratie und Zentrum. Dieses Ministerium erwies sich auf die Dauer als nicht lebensfähig. Es war parlamentarisch nicht möglich. Was wir aus jener Periode gelernt haben, ist die Erkenntnis, daß uns eine oberste Stelle fehlt, wie sie im Reiche durch das Amt des Reichspräsidenten gegeben ist. Hier liegt ein Fehler der preußischen Verfassung vor. Das Ministerium Stegerwald bedeutete die Vorarbeit für die Bildung der großen Koalition. Diese Koalition kam, weil sie kommen mußte. Zwei Voraussetzungen mußten erfüllt werden, einmal die Wendung der Sozialdemokratie, die durch den Görlitzer Beschluß herbeigeführt wurde — man stellte rein sozialistische Forderungen zurück —; die zweite Voraussetzung war die Beseitigung des Mißtrauens gegen die Deutsche Volkspartei in bezug auf ihre Stellung zur Verfassung. Wenn wir sagen, daß wir auf dem Boden der Verfassung stehen, so heißt das nicht, daß wir für Republik und für Demokratie schwärmen, daß wir abschwören, was wir früher geglaubt haben. Auf der anderen Seite erschöpft sich die Bedeutung des Wortes auch nicht darin, daß wir keine Hochverräter sind, und daß wir jede Gewalt gegen die Verfassung verwerfen. Vielmehr verstehen wir darunter dies, daß wir es als eine politische Notwendigkeit erkannt haben, daß wir loyal mitarbeiten wollen am Aufbau unseres darniederliegenden Vaterlandes, im Rahmen der nun einmal beschlossenen Weimarer Verfassung. Das sehen wir nun einmal als eine selbstverständliche vaterländische Pflicht an. (Lebhafter Beifall.) Damit ist in der innerpolitischen Entwicklung unserer Partei Ähnliches eingetreten, wie im vorigen Jahrhundert, als einige Konservative sich entschlossen, Frieden zu machen mit der neuen Zeit und die freikonservative Partei schufen. Je mehr die Republik leistet, je mehr sie uns herausholt aus dem Sumpf, desto mehr wird sich mancher auch innerlich auf sie einstellen, der heute nur politischen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Uns ist das Volkswohl oberstes Gesetz, deshalb arbeiten wir im Rahmen des einmal Gegebenen mit, unbeschadet der Stimmungen unseres Gemütes und unseres Herzens. Die Gründe, die uns bestimmt haben, in die Koalition einzutreten, lassen sich dahin kennzeichnen: wir wollten nicht in den Fehler verfallen, in den das alte Reich verfallen ist, als es große Teile des deutschen Volkes abseits drängte. Wir haben den Optimismus, daß in weiten Schichten der deutschen, auch der sozialistisch organisierten, Arbeiterschaft der vaterländische Gedanke nicht verstummt ist, trotz allem, was wir erlebt haben. Daß der sozialdemokratische Reichspräsident uns das Deutschlandlied wiedergab, daß auf einem sozialdemokratischen Parteitag gefordert wird, daß auch die deutschen Arbeiter in erster Linie deutsch fühlen müßten, das scheinen mir Zeichen zu sein, die einen solchen Optimismus rechtfertigen. Wir müssen uns ferner fragen, was geschehen würde, wenn wir den nationalen Instinkt in der Sozialdemokratie nicht an uns zu fesseln suchten. Es leitete uns weiter der Gedanke, daß, wenn der Aufstieg wiederkommen soll, er nur aus der wirtschaftlichen Kraft kommen kann. Die wirtschaftliche Kraft wird uns aber nur erhalten bleiben, wenn endlich einmal der wirtschaftliche Frieden zwischen Unternehmer und Arbeiter hergestellt wird. Es würde der Krieg aller gegen alle sein, wenn wir die Parole ins Volk schleudern würden: hie bürgerlich, hie sozialdemokratisch. Eine Partei, die sich Partei des Wiederaufbaues nennt, kann sich der verantwortlichen Mitarbeit nicht entziehen. Wir müssen mitwirken, selbst wenn wir uns damit mit einer Vergangenheit belasten, an der wir selbst unschuldig sind. Wir sind eine Partei der Überleitung. Wir wollen das gute Alte in den neuen Staat hinüberretten. Das ist nicht möglich, wenn wir in der Opposition stehen, sondern nur, wenn wir uns dem notwendigen Einfluß auf die Neugestaltung des politischen Lebens sichern.

Von solchen Gedanken hat sich unsere Fraktion leiten lassen, und sie hält auch heute noch an ihnen fest. Nichts ist schlimmer in der Politik als ein Schwanken. Wir müssen

Kurs halten.

Niemand soll glauben, daß wir alles billigen, was von der Koalition geschehen ist. Wir stehen sehr vielem kritisch gegenüber und haben dem auch offen Ausdruck gegeben. Die Koalition ist uns nicht Selbstzweck. Deshalb werden wir auch die Grenzen unseres Entgegenkommens zu ziehen wissen. Eine solche Grenze liegt einmal da, wo man uns nicht den unserer Bedeutung entsprechenden Einfluß gibt, zum andern da, wo Beschlüsse gefaßt werden, die wir mit dem Volkswohl schlechterdings nicht in Einklang bringen können. Gerade dabei müssen wir uns aber die Frage vorlegen, ob das Volkswohl nicht noch mehr gefährdet würde, wenn wir uns zurückziehen. Endlich warten wir ab, ob die Sozialdemokratie bei den Grundsätzen beharrt, die sie in Görlitz festgelegt hat.

Wir haben durch unsere Mitarbeit manches erreicht. Wir haben auch in der Koalition darauf gehalten, so weit es irgend ging, die Deutschnationalen zu positiver Arbeit heranzuziehen in offener Loyalität zu unseren Koalitionsverpflichtungen. Wir haben das nicht aus Liebe zu dieser Partei getan, sondern aus dem Gedanken heraus, daß es wünschenswert ist, eben alle Kräfte heranzuziehen und tunlichst die Anschauung, die wir in der Koalition vertreten, von dieser Seite unterstützt zu sehen. Aber es sei mir auch ein offenes Wort gestattet: ob wir diese freundschaftliche Stellung zu den Deutschnationalen werden auf die Dauer aufrecht erhalten können, das wird von den Deutsch-

nationalen selbst abhängen. Wir haben bittere Klage zu führen, daß die Art und Weise der deutschnationalen Kritik vielfach einen demagogischen Zug gehabt hat. Das muß künftig unterbleiben. Wir haben in der Koalition unseren schützenden Arm über manchen deutschnationalen Beamten gehalten, wiewohl unserer Partei zugebilligt war, einen evtl. Nachfolger zu stellen. Das ist eine Politik der Uneigennützigkeit, die sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten läßt, wenn ein unfreundliches Echo aus dem deutschnationalen Walde herausschallt. Unserer Mitarbeit in der Koalition ist es zu verdanken, wenn die geschäftliche Behandlung der Landtagsarbeiten eine andere geworden ist, damit haben wir dem Lande einen guten Dienst geleistet. Wir konnten eine Geschäftsordnung schaffen, mit der wir die Ordnung aufrecht erhalten können. Wir sehen einen weiteren Erfolg unserer Mitarbeit darin, daß demnächst uns ein Gesetz vorgelegt werden wird, nach dem die Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen verwaltet werden sollen. Wir haben weiter eine Beamtenpolitik in die Wege geleitet, die unsere Grundsätze zur Geltung bringt. Unser Standpunkt ist der: wir wünschen in erster Linie, daß die Beamtenschaft sich aus ihren eigenen Reihen heraus ergänzt. Der sachlich und fachlich Tüchtige muß genommen werden, gleichviel, welcher Partei er angehört. Wir wünschen weiter nicht, daß gerade Parlamentarier in die höheren Verwaltungsstellen berufen werden, und wir haben auch die Beweise gegeben, daß es uns Ernst mit dieser Auffassung ist. Unsere Stellung wäre eine leichtere, wenn auch die anderen Parteien diese Grundsätze gelten lassen wollten. Gegen die Abschiebung verdienter Verwaltungsbeamter, wie sie in letzter Zeit vorgekommen ist, haben wir Widerspruch erhoben. Wir bedauern auch ausdrücklich die Form, in der diese Maßnahmen erfolgt sind. Wir müssen uns vor einem Denunziantentum schützen. Was wir erlebt haben, bedeutet einen Rückfall in die schlimmsten Zeiten der Reaktion. Was in diesen Punkten die demokratische Republik sich geleistet hat und leistet, ist ganz unerträglich. Wir müssen auch verlangen, daß den Beamten Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern, bevor sie gemaßregelt werden. In gleicher Weise haben wir uns zu beklagen über die **Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Die Verbote und Maßregelungen auf diesem Gebiet sind zum Teil unerhört. Wenn ein Verbot in erregten Zeiten zu rechtfertigen war, so ist das heute nicht mehr möglich. Wir werden hier sagen müssen, bis hierher und nicht weiter. (Stürmischer Beifall). Und ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß jetzt, nachdem die Gemüter sich beruhigt haben, wir weiteren Maßregelungen uns widersetzen werden. Wir müssen verlangen, daß Maßregelungen nur dann noch erfolgen, wenn wirkliche Beschwerden vorliegen und daß so manche Maßnahme jetzt, wo die Erregung abgeebbt ist, rückgängig gemacht wird, so daß Verbot mancher Zeitungen, nationaler Vereine, z. B. des Jungdeutschen Ordens. Wir werden darüber wachen, das versichere ich auf das bestimmteste, daß wirklich eine objektive Anwendung nach beiden Seiten erfolgt, daß die Verbeugung vor der Straße endlich aufhören und daß man mit der üblen Phrase, daß das Zeigen schwarz-weiß-roter Fahnen, z. B. bei Kriegertotenfeiern, eine Provokation sei, die verboten werden müsse, gründlich aufgeräumt wird. Man kann die nationalen Instinkte nicht untergraben. Sie sind die Grundlagen für einen Aufstieg. Dazu wird sich auch die Sozialdemokratie bekennen müssen — jetzt, wo eine Beruhigung eingetreten ist. Eine Politik, die sich auf polizeiliche Maßnahmen stützt, ist, wie auch Severing anerkannt hat, ein Widerspruch in sich.**

Wenn jetzt der Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien erfolgt, dann ist die Koalitionspolitik noch notwendiger als zuvor. Es bedarf dann eines um so größeren Gegengewichts. Neben der Sozialdemokratie, in der der Geist eines Crispien lebendig ist, wäre für uns kein Raum. Es wird aber unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß solcher Geist nicht aufkommt. Von diesem Standpunkt begrüßen wir auch die Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die sich im Reiche angebahnt hat. Wir lehnen den Standpunkt ab, daß es keinen Zweck habe, mitzuarbeiten, weil doch der Zusammenbruch nicht aufzuhalten sei. Niemand kann in die Zukunft sehen. Wir müssen Gegenwartspolitik treiben, und die Gegenwart verlangt, daß wir Hand anlegen. Unsere Aufgabe ist, eine Volksgemeinschaft herzustellen. Ich wünsche, daß wir mit der ganzen Kraft des leidenschaftlichen deutschen Herzens an diese Aufgabe herantreten. (Stürmischer Beifall.)

Die Aussprache.

An die beiden Referate schloß sich eine eingehende Aussprache, die die beiden Nachmittagsstunden ausfüllte. Dr. Dahn-München sprach seine Befriedigung darüber aus, daß die nach der Weimarer Verfassung den Ländern verbliebenen Rechte nicht weiter ohne ausdrückliche Zustimmung der betreffenden Länder angetastet werden sollen. Zur allgemeinen politischen Lage äußerten Dr. Dahn wie Professor Lent-Erlangen ihr Einverständnis mit der Politik der Reichstagsfraktion, wenn sie auch in bezug auf die Schutzgesetze den bekannten bayerischen Standpunkt vertraten. Über die Anwendung der Schutzgesetze wurde fast von allen Rednern Klage geführt, insbesondere äußerten sich nach dieser Richtung Dr. Dingelden-Darmstadt, Carlsson-Halle, Halbach-Essen, Rechtsanwalt Bünger-Leipzig. Dr. Kulle-Biebrich vertrat den Gedanken der Volks- und Arbeitsgemeinschaft unter besonderem Hinweis auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet und auf den engen Zusammenschluß aller dort vertretenen Parteien. Zu demselben Thema äußerten sich die Abgeordneten Dr. Leidig, der auch auf die wirtschaftlichen Fragen näher einging, Piper-Hamburg, Dr. Köster-Dortmund, Abgeordneter Geisler. Die Zentralarbeitsgemeinschaft der Industrie fand warme Verteidiger in Dr. Rudolf Schneider-Berlin und dem Abgeordneten von Raumer, der auch die wirtschaftlichen Fragen behandelte und hervorhob, daß sich in der Frage der Währung ein Volk von 60 Millionen selbst helfen müsse. Kultusminister Dr. Boelitz fand Gelegenheit, mehrere irrtümliche Auffassungen unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden richtig zu stellen. Abg. Dr. Stresemann griff wiederholt in die Aussprache ein und konnte in seinem Schlußwort feststellen, daß die Sitzung des Zentralvorstandes die Einmütigkeit der Partei in der Frage der Volksgemeinschaft und ihrer praktischen Verwirklichung von neuem erwiesen habe.

Die nachfolgend im Wortlaut wiedergegebenen Entschließungen fanden einmütige Annahme. Bei der Abstimmung über die erste Entschließung enthielt sich Dr. Dahn-München der Stimme.

Entschließung der politischen Lage.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei spricht der Reichstagsfraktion und ihrer Leitung sein Vertrauen aus. Der Zentralvorstand erblickt in der geplanten Arbeitsgemeinschaft die wünschenswerte Zusammenfassung derjenigen parlamentarischen Kräfte, deren Fühlungnahme und Zusammenwirken gerade gegenwärtig notwendig ist, um gegenüber dem verstärkten sozialdemokratischen Einfluß ein Gleichgewicht der parlamentarischen Kräfte herzustellen.

Die preußische Regierungskoalition hat nicht alle Wünsche erfüllt, die von der Deutschen Volkspartei mit Recht gestellt werden konnten. Sie bildet aber gegenwärtig die einzige Möglichkeit einer stetigen, auf Erhaltung von Ruhe und Ordnung gerichteten Politik. Der Zentralvorstand dankt der Fraktion des Preußischen Landtags und den Ministern Boelitz und von Richter für ihre Tätigkeit und für das Bemühen, auch in den durch den Mord an Rathenau erregten Zeiten die Grundsätze der Partei zur Geltung zu bringen.

Entschließung gegen die Anwendung des Schutzgesetzes.

Das Gesetz zum Schutze der Republik hat eine Ausführung erfahren, die weder dem Zwecke des Gesetzes, noch seinem Geiste entspricht. Vor allem haben die Regierungen verschiedener Länder durch Ausführungsverordnungen, durch Maßnahmen gegenüber der Presse, durch Verbote von Vereinigungen, die durchaus auf dem Boden der Verfassung standen, die Gefühle weitester Kreise des deutschen Volkes aufs tiefste verletzt, ohne daß solche Maßnahmen zum Schutze der Republik begründet sind und ihre Grundlage in dem Gesetze finden. Die Begründung der Auflösung des Jungdeutschen Ordens in der Entscheidung des preußischen Ministers des Innern entspricht dem allgemeinen Rechtsempfinden nicht und rechtfertigt diese Maßnahme keineswegs!

Die von mehreren Landesregierungen unternommene Knebelung der Gesinnungsfreiheit der Beamten bedeutet einen unerhörten Vorstoß gegen die den Beamten durch die Reichsverfassung gewährleisteten politischen Rechte und findet keine Rechtfertigung selbst bei analoger Anwendung des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei erhebt deshalb gegen die Handhabung des Gesetzes zum Schutze der Republik den schärfsten Widerspruch. Er bedauert weiter aufs tiefste, daß auch die von der Reichsregierung diesen Maßnahmen der Länder gegenüber beobachtete Haltung die erhoffte sachliche Anwendung des Gesetzes vermissen läßt.

Der Zentralvorstand erwartet von der Fraktion des Reichstags und den Fraktionen der Landtage, daß sie, nachdem sie dem Gesetze zum Schutze der Republik durch ihre Stimmenabgabe zur Annahme verholfen haben, mit aller Schärfe auf eine seinem Geiste entsprechende und insbesondere paritätische Durchführung hinwirken.

Das Gesetz zum Schutze der Republik ist an die Stelle der Verordnung des Reichspräsidenten getreten. Soweit es Bestimmungen enthält über das Verbot von Vereinen, Zeitungen und Organisationen kann es nur auf kurze Zeit in Geltung bleiben. Der Zentralvorstand hält es für die Aufgabe der Partei, dahin zu wirken, daß diese Bestimmungen, deren Aufrechterhaltung bei Beruhigung der Verhältnisse nicht notwendig erscheint, vielmehr zu berechtigten Beschwerden geführt hat, sobald als möglich aufgehoben wird.

Entschließung zur wirtschaftlichen Lage.

Die schwere wirtschaftliche Not, die immer größere Teile des deutschen Volkes ergreift, findet ihr letzte und hauptsächlichste Ursache in den unerträglichen und die Kraft des deutschen Volkes weit übersteigenden Lasten, die das Versailler Friedensdiktat uns auferlegt hat. Ohne Herabsetzung dieser Lasten auf ein vernünftiges Maß ist die völlige Zerrüttung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des deutschen Volkes unabwendbar.

Unbeschadet dieser unserer Überzeugung verlangen wir aber, daß Regierung und Parlament Maßnahmen ergreifen, um die rasch zunehmende Verelendung des deutschen Volkes wenigstens aufzuhalten.

Der heute in Breslau versammelte Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei verlangt daher:

Verbot des nicht durch wirtschaftliche Notwendigkeiten bedingten Devisenhandels,

Wiederherstellung der bewährten Formen der Krediteinräumung, insbesondere auch durch die großen Lieferungsverbände, Wiederaufnahme des Wechselverkehrs in Handel und Industrie.

Eintreten für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung, Maßnahmen zur Unterdrückung entbehrlicher Luxuseinfuhr, Maßnahmen gegen wucherische Ausnutzung der Warenknappheit und gegen bewußte, durch wirtschaftliche Notwendigkeit nicht begründete Übersetzung der Preise,

Maßnahmen gegen den sich breit machenden aufreizenden Luxus der dünnen Schicht der Konjunkturgewinnler,

Maßnahmen gegen das überhandnehmende Unwesen der Tanzdielen, Bekämpfung des Anreizes zu übermäßigem Alkoholgenuß,

Eintreten des Reichs für die berechtigten Ansprüche der insbesondere durch die Entwertung der Kriegsanleihen geschädigten und schwer getroffenen Volksteile (Sozial- und Kleinrentner, kinderreiche Familien usw.),

Bereitstellung ausreichender Geldmittel für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen,

Steigerung der Produktion durch Mehrleistung als allein wirksames Mittel zur Besserung der wirtschaftlichen Lage, Sicherung des um seine Fortexistenz ringenden soliden Hausbesitzes.

Maßnahmen gegen die Überflutung Deutschlands durch Ausländer, die den Einheimischen Wohnung, Nahrungsmittel und Waren nehmen.

Wertvoller als alle gesetzlichen und polizeilichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben ist die Bildung einer Gesinnung und der feste Entschluß, den Egoismus zurückzustellen.

Eine Rettung des deutschen Volkes aus seiner jetzigen Not erhoffen wir nur, wenn das gesamte Volk sich rückhaltlos in den Dienst des wirtschaftlichen Wiederaufbaues stellt. Die Hoffung auf die Hilfe des Auslandes muß sich auf Übergangskredite und auf eine Hilfe bei Abbürdung der Reparationslast beschränken. Gesunden kann ein 60-Millionen-Volk nur aus eigener Kraft. Solche Kräfte zu wecken und zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, wird die wichtigste Aufgabe unserer Partei sein.

Nur in solcher hingebender Staatsgesinnung wird es uns möglich werden, die kommende Notzeit zu überwinden.

Entschließung für Oberschlesien.

Der heute in Breslau versammelte Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei begrüßt mit herzlicher Sympathie Oberschlesien, dessen Kampf und Leiden unter fremder Besatzung wir alle mit schmerzvoller Bewunderung verfolgt haben.

Wir begrüßen das befreite Oberschlesien, das durch den Willen seiner Bevölkerung als mit Preußen und Deutschland für immer verbunden sich ausdrücklich erklärt hat.

Nochmals und immer wieder protestieren wir vor aller Welt gegen die Abtrennung Ostoberschlesiens, geschehen wider Recht, Vertrag und Versprechen, geschehen wider den ausdrücklichen Willen seiner Bewohner. Niemals werden wir anerkennen, daß dieser Raub Ostoberschlesiens zu Recht besteht. Das ganze Oberschlesien ist durch jahrhundertelange deutsche Arbeit deutsch geworden, es gehört zu uns und wir grüßen ganz Oberschlesien mit dem Gelöbnis:

In Not und Tod habt ihr uns Treue gehalten,
Treue um Treue!

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich: P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5½, sämtlich in Siegen.

Parteitag der Deutschen Volkspartei

des Wahlkreises Westfalen-Süd

am 7. und 8. Oktober in Siegen.

Samstag, den 7. Oktober.

Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

12 Uhr vormittags im kleinen Saale der Bürgergesellschaft.

Sitzung des Hauptvorstandes

2.30 Uhr nachmittags im großen Saale der Bürgergesellschaft.

Den Vorsitz in diesen beiden Sitzungen führt der Reichstagsabg. Generaldirektor Dr. Vögler. Nur wer Mitglied dieser beiden Körperschaften und im Besitze einer Einladung des Generalsekretariats in Dortmund ist, ist zur Teilnahme berechtigt.

Sitzungen der Fachausschüsse:

An diesen Sitzungen werden die Reichstags- und Landtagsabgeordneten entweder als Referenten oder als Gäste teilnehmen und sich an der Aussprache beteiligen. Die Sitzungen sind nur den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei zugängig. Nach den Vorträgen findet eine Aussprache statt, in der die Wünsche und Forderungen unserer Parteifreunde vorgetragen werden.

3 Uhr nachmittags: Sitzung des Jugendausschusses in der Aula des Realgymnasiums.

Der Führer der deutschvolksparteilichen Jugendbewegung, der Reichstagsabg. Pfarrer Dr. Luther-Charlottenburg, wird über die Ziele der Jugendbewegung sprechen; außerdem Herr Neunkirchen aus Bochum über Jugend und Politik. In der Aussprache wird Bergmann Immle aus Königsteele berichten über seine Werbearbeit unter der Arbeiterjugend. Der Ausschuß wird begrüßt durch Herrn Klingspor und geleitet von Herrn Pfarrer Graebke-Neuengeseke.

5 Uhr nachmittags: Sitzung des Privatangestellten-Ausschusses im Saale der Wirtschaft Langenbach.

In dem von Herrn Stadtverordneten Krämer begrüßten und dem Stadtverordneten Kamp-Hagen geleiteten Ausschuß wird der Landtagsabg. Meyer-Herford über die Angestellten-Bewegung sprechen.

5 Uhr nachmittags: Sitzung des Frauenausschusses im Saale der Wirtschaft Langenbach.

Begrüßung: Frl. Ax; Leitung: Frau Blauel-Hagen. Es werden sprechen: Frau Hedwig Ebel-Dortmund, über wichtige Fragen der Hausfrauenbewegung und Frl. Dr. jur. Anna Mayer-Berlin über die Frau in der Rechtspflege. An beide Vorträge schließt sich eine Aussprache an. Die Reichstagsabgeordnete Frau Clara Mende-Berlin, die Vorsitzende der deutschen Hausfrauenvereine, und Frau v. Kulesza-Berlin, die Landtagsabgeordnete unseres Bezirks, werden zugegen sein und sich an der Aussprache beteiligen.

5 Uhr nachmittags: Besprechung von Schulfragen im kleinen Saale der Bürgergesellschaft.

Die von Herrn Rektor Surmann-Bochum geleitete Versammlung, an der Herr Kultusminister Dr. Boelitz und namhafte Schulmänner aus dem niederen und höheren Schulwesen teilnehmen werden, wird begrüßt durch Herrn Studienrat Dr. Kruse. Die Referate haben übernommen unsere Landtagsabgeordnete, die Volksschullehrerin Frau von Kulesza, und der Reichstagsabgeordnete Schulrat Hollmann.

5 Uhr nachmittags: Besprechung von Fragen des Handwerks und Kleingewerbes im Saale der Wirtschaft Böcking, Friedrichstr.

Begrüßung: Kreistagsabgeordneter Buchbindermeister Lemke; Leitung: Herr Berkemeyer-Dortmund. Der Handwerksmeister Hemming spricht über die Nöte des Handwerks, Gewerbesteuern, Wuchergesetz, Lehrlingsfragen u. s. f.

5 Uhr nachmittags: Besprechung von landwirtschaftlichen Fragen im Saale der Wirtschaft Schneider, Freudenberger Straße.

In diesem durch Herrn Gärtner Pätzold-Weidenau begrüßten und von Herrn Landwirt E. Lange-Bensingsen bei Soest geleiteten Ausschuß spricht der Landwirt und Ehrenamtmann Westermann über landwirtschaftliche Fragen. Herr

Reichstagsabgeordneter Westermann ist den Landwirten des Siegerlandes noch in guter Erinnerung, hat er doch die Sitzung der Landeskulturgesellschaft anläßlich der landwirtschaftlichen Ausstellung Siegen geleitet.

5 Uhr nachmittags: Besprechung von Arbeiterfragen im Saale der Wirtschaft Jung, Sandstraße.

Begrüßung: Stadtverordnetenvorsteher Jacob Kreutz; Leitung: Der erste Vorsitzende des Wahlkreisarbeiterausschusses Kreistagsabgeordneter und Arbeitersekretär Schneider-Wahlbach. Referent: Der Reichstagsabgeordnete und Bergmann Winnefeld aus Günnigfeld bei Bochum. Der Abgeordnete Winnefeld wird sich ganz besonders freuen, die Wünsche der Bergarbeiter in den Eisensteingruben zu hören, um diese in wichtigen Verhandlungen über Bergarbeiterfragen zum Ausdruck bringen zu können.

5 Uhr nachmittags: Besprechung kommunalpolitisch. Fragen in der Erholung, Obergraben.

Der Ausschuß wird begrüßt durch Amtmann Ebberg-Kreuztal, den Vorsitzenden der rheinisch-westfälischen Landgemeinden; geleitet durch Justizrat York-Dortmund. Das Referat hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Leidig-Berlin, übernommen. Die Sitzung dieses Ausschusses wird sehr interessant durch die Teilnahme und Aussprache der Reichstagsabgeordneten Dr. Cremer-Berlin und Oberverwaltungsgerichtsrat v. Eynern-Berlin und namhafter Kommunalpolitiker der großen Industriestädte. Die Notlage der Städte, die Maßnahmen zu ihrer Abhilfe, die bevorstehenden Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen werden reichen Stoff in der Aussprache bieten.

5 Uhr nachmittags: Sitzung des Ausschusses für Handel und Industrie in der Erholung, Obergraben.

Begrüßung: Provinziallandtags- und Kreistagsabgeordneter Direktor Jütte-Geisweid. Leitung: Fabrikant Oskar Funcke-Hagen, Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie und Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Das Referat hat der Reichstagsabg. Geheimrat Dr. Quaatz-Essen übernommen. An dieser Sitzung werden außerdem teilnehmen der Vorsitzende der Partei Abg. Dr. Stresemann, der Generaldirektor Dr. Vögler; voraussichtlich auch der Reichstagsabgeordnete Hugo Stinnes. Die Aussprache wird Gelegenheit bieten, ganz besonders die Nöte des Siegerländer Wirtschaftslebens den führenden Wirtschaftsköpfen der Partei vorzutragen und Wünsche und Vorschläge zu ihrer Abhilfe anzugeben.

6.30 Uhr nachmitt.: Besprechung von Beamtenfragen im Saale der Wirtschaft Klein, Koblenzer Str.

Begrüßung: Amtsgerichtsrat Schneider; Leitung: Realgymnasialdirektor Dr. Wenderoth-Dortmund. Da der Referent des Abends, Postinspektor Morath-Berlin, nicht früher erscheinen kann, mußte die Versammlung von 5 Uhr auf 6½ Uhr verschoben werden. Die Aussprache wird aber durch diesen späteren Termin nicht zu kurz kommen, sondern es wird allen Beamten Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche vorzutragen.

Begrüßungsabend

8.30 Uhr abends im großen Saale des Kaisergartens. Eintritt 5.— Mk.

Es werden sprechen: Herr Fabrikant Klingspor, Herr Dr. Kruse und der Staatsminister Dr. Boelitz.
Außerdem **Musik, Gesang, Theater.**
(— **Programm** im Saal und an der Kasse zu haben. —)

Sonntag, den 8. Oktober

9.30 Uhr vormittags: Vertreterversammlung im Kaisergarten, Kampenstraße 33.

Für die Vertreter ist der Saal reserviert, während die Balkone für die mit Einlaßkarten versehenen Parteimitglieder bestimmt sind.

1. Bericht über die Tätigkeit im Wahlkreise. Berichterstatter: Generalsekretär Köster.
2. Die politische Lage. Abg. Dr. Quaatz.
3. Kulturfragen. Frau Abg. v. Kulesza: „Staat und Familie".
4. Landwirtschaft: Abg. Westermann.
5. Mittelstandsfragen: Abg. Hemming.

4 Uhr nachmittags:

Große öffentl. Versammlung

im großen Saale des Kaisergartens. — Eintritt 10 M.

Redner: Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann: Die politische Lage. Frau Abgeordnete Clara Mende: Wirkung und Bedeutung des Frauenstimmrechtes. Staatsminister Dr. Boelitz: Preußische Kulturpolitik.

Alle Freunde der Partei haben zu dieser Veranstaltung Zutritt.

Karten sind durch die Herren Vorsitzenden der Ortsgruppen, bei der Geschäftsstelle und an der Kasse zu haben.

M. Stern Aktiengesellschaft
Essen
Fernruf: Amt Essen 9340 bis 9348 und 9206 bis 9209.
Für die Lagerbetriebe: Amt Gelsenkirchen 480 bis 483.
Schrottbedarf aller Art. | **Bleche** aller Art. | **Nutzeisen.**
Schrottzerkleinerungswerke. Späneblockwerke.
Vertreter:
Fritz Henk, Siegen i. W., Obenstruthstraße 32.
Fernruf 1718.

Koch & Panthöfer
Weidenau-Sieg
Fernruf Nr. 412. Hut. Friedrichstr. 8.
Eisenwaren - Werkzeuge
Bau- und Möbelbeschläge
Oefen u. Herde.



Kenner verlangen
Krombacher Pilsener

helle und dunkle Biere wegen ihrer besonderen Güte.

Hasbrauerei A.-G.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

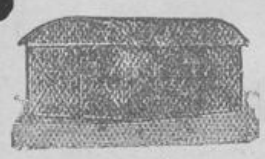
Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

Justus Stahlschmidt'sche Werke
G. m. b. H.
Kreuztal, Kreis Siegen,
Lochanstalt,
Kesselschmiede, Apparatebau
Blechschweisserei.

Jeder bestelle den Beobachter!

WEIDENAU.

Kurzfristig lieferbar, **Wellblech-**



Lagerliste auf Wunsch.

Hallgaragen

Gebr. Achenbach

G. m. b. H.,
Weidenau-Sieg. — Postfach Nr. 247.

Paul Haubrich

Inhaber der Niederlage von Tengelmanns Kaffeegeschäft
Kolonialwaren, Delikatessen und Weinhandlung
Wilhelmstraße. — Ruf 406.

Präcisions-Zahnräder
aller Art.
Stirn-, Schnecken- und Schraubenräder
nach dem Abwälzverfahren.
Rohhaut-Räder. Zahnstangen
Verzahnen von vorgedrehten Radkörpern schnell u. billig.
Maschinenfabrik Ed. Sprenger
:-: :-: Weidenau. :-: :-:

Löwen-Drogerie
Fritz Müller

Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Artikel. — Oeffentliche Dunkelkammer.
Untere Friedrichstrasse. :-: Ruf 891.

HOTEL PATT

(Haltestelle der Strassenbahn)
Erstes u. altestes Haus am Platze
Gute und billige Verpflegung.

Wilhelm Schweisfurth

Hüte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche, Schlipse, Hosenträger.
Wilhelmstraße, Ruf 778
(Haltestelle Hotel Patt.)

August Braun

Büromöbelfabrik
Untere Friedrichstraße. – Fernruf 638.

H. Capito & Co.,

Weidenau-Sieg
Fernruf 149 Lager U. Friedrichstr. 12.
Stab-, Band- und Formeisen aller Art.
Eisenbleche.
Röhren- und Verbindungsstücke.
Sämtliche Kleineisenwaren.

Johann Reinhard

Manufaktur- u. Modewaren
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion
Spezialität: Herrenartikel
Wilhelmstr. :-: Ruf 387

Josef Thelen

Spezialhaus für Innendekoration, Lederwaren und Reiseartikel
Wilhelmstraße (Haltestelle Post),
Ruf 1180.

Möbelhaus Flender,

Tel. 1244 **Weidenau-Sieg** Tel. 1244.

Wohnungseinrichtungen
in einfachster bis vornehmster Ausführung.
Einzelmöbel — Büromöbel — Sarglager.

Schuhhaus
Paul Saßmannshausen

empfiehlt sich beim Einkauf
erstklassiger Schuhwaren
Wilhelmstr. (Haltest. Hotel Patt) Ruf 836.

C. W. VOGEL

G. M. B. H.
ROHRLEITUNGEN BEHÄLTER DRUCKKESSEL KAMINE
EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK
KESSELSCHMIEDE
SIEGEN I. W.
BLECHARBEITEN GENIETET GESCHWEISST ROH U. VERZINNT

Albert Grimm

Uhren u. Goldwaren, Optik.
Eigene Reparaturwerkstätte
Wilhelmstraße.

Zigarren-Spezialgeschäft
Heinrich Sänger

Allervorteilhafteste Bezugsquelle in **sämtlichen Tabakfabrikaten** für Wiederverkäufer zu Originalpreisen
Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

NOH & BUCH

NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG
KESSEL-, BRÜCKEN-, SCHIFF-, VERSENK-
NIETEN
GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

LOUIS HEES : SIEGEN I. W.

Fernruf 272.

Panzergeldschränke Effektenschränke Schreibmasshinenschränke
Safes-Anlagen Tressor-Armierungen Mauerschränke.

Ständiges Lager in Schränken verschiedenster Ausführungen. Katalog postfrei.

Herstellung von Feilen aller Art

Aufhauen stumpfer Feilen
Lieferung von Metallsägen jeder Gattung.
Gegr. 1875.
Feilenfabrik und Schleiferei
Wilhelm Hähn
G. m. b. H., Ferndorf.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für
den herrschaftlichen
u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER
Kornmarkt 12—16.

Feldmann & Münker

g. m. b. H.

Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen

Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.
Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

Rheinmetall

Schreibmaschine
Sofort lieferbar.
Prospekte zur Verfügung durch die Vertretung
Wilh. Lemke, Siegen i. W.
Fernruf 2011. Löhrstraße 39
Büro-Bedarf.

Wäschehaus Franz Schartiger
Siegen

bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge, Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Aug. Marx,

Wurst- und Fleischwarenfabrik,
Ernsdorf-Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.
Maschinelle Kühlanlage im Hause.

Eisen- und Metallwerke
G. m. b. H.
Ferndorf
Kreis Siegen
liefern:

Zahnräder

Stirn-, Schnecken- und Schraubenräder, Schnecken kompl. und Verzahnen eingesandter Körper :: :: ::

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma Otto E. Meise, Hamburg, Oele, Fette, Putzwolle
und der Firma J. J. Glorius, Magdeburg, Farben und Lacke.

Friedrich Müller

Uhren u. Goldwaren
Siegen, Bahnhofstr. 16.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 **Eisenbahn-Baugeschäft** Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.